Name: _____

1. Vorsprache: _____

Noch vorzulegende Unterlagen:

Allgemeine Angaben:

☐ Ihre Telefonnummer	☐ Bestallungsurkunde als Betreuer
☐ Personalausweis/Pass	☐ Krankenversichertenkarte(n)/-nummer(n)
☐ Sozialversicherungsausweise/Rentenversicherungsnr.	☐ Meldebescheinigung
☐ Aufenthaltsbescheinigung des Ausländeramtes	☐ Schulbescheinigung
☐ Mutterschaftspass	☐ Schwerbehindertenausweis
☐ Scheidungsurteil	☐ Vollmacht des Hilfesuchenden
☐ Vaterschaftsanerkennung (bei nichtehelichen Kindern)	
☐ Unterhaltsregelungen in Form von Unterhaltsurteilen, Beschlüssen, Vergleichen, Verzichtserklärungen o.ä.	
- _____
- Nachweis über Befreiung von der Rentenversicherungspflicht (Befreiungsbescheid)
 - Nachweis über Krankenversicherung/vorläufige Mitgliedsbescheinigung

Einkommen, Belastungen (Versicherungen), Darlehen etc.:

- Nachweis über geleistete Unterhaltszahlungen
- Bescheid Unterhaltsvorschussleistungen
- Kindergeldbescheid/Nachweis über Höhe des Kindergeldes (Zahlungsnachweis)
- BÄföG-Bescheid/BAB-Bescheid
- Lohnabrechnungen für die Zeit ab/vom _____ bis _____
- Arbeitsvertrag/Kündigung
- aktueller Rentenbescheid/Anpassungsbescheid
- Versicherungsschein mit Versicherungsbedingungen und aktueller Beitragsnachweis (Rechnung/Beitragsmitteilung)über alle Ihre Versicherungen bestehende Vers. _____
- Nachweis über berufsbedingte Fahrtkosten (z.B. Fahrkarten, Anzahl der wöchentl. Fahrten, Fahrtstrecke etc.)
- Darlehensvertrag mit Angabe des Grundes für die Darlehensaufnahme
- Nachweis über monatliche Kreditverpflichtungen
- Auszüge über alle Ihre Girokonten für die letzten ___ Monate (lückenlos)
- Nachweise über sonstige Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden u.a.)
- Vertrag über die Riesterreute/Nachweis über das Guthaben und die Höhe des zu zahlenden Beitrages
- aktueller Nachweis über Kfz-Haftpflichtversicherungsprämie
- Bescheinigung der Agentur für Arbeit, dass Sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld und sonstige Leistungen haben/Eingangsscheck
- Bescheid/Nachweis der Agentur für Arbeit über die Höhe Ihres Arbeitslosengeldes und/oder sonstiger Leistungen
- Bescheid/Nachweis über die Höhe des zuletzt bezogenen Arbeitslosengeldes und dem Einstellungsdatum
- Bescheid über Leistungen der Krankenkasse: _____
- Lohnsteuerkarte, Einkommenssteuerbescheid, Einkommenssteuererklärung für das Jahr _____
-

Vermögen:

- Alle Ihre Sparbücher im Original (mit aktualisiertem Guthaben)
- Kontostände/Kontoauszug Ihres Festgeldkontos Ihres Sparvertrages Ihres Bausparvertrages sonstiger Vermögensanlagen _____
- Ablichtung des Kfz-Scheines/Kfz-Briefes
- Kaufvertrag PKW und Wertnachweis
- km-Stand des PKW's _____
- Nachweis über derzeitigen Rückkaufswert der Lebensversicherung(en)/Versicherungsschein
- Vermögensfragebogen
-
-

Kosten der Unterkunft:

☐ Mietbescheinigung nach beigefügtem Vordruck	☐ Mietvertrag/Untermietvertrag
☐ Nachweis über monatl. Heizkosten (Abschlagsplan _____)	
☐	

bei Wohneigentum:

☐ Grundbesitzabgabenbescheide _____	☐ Nachweise Gebäudeversicherung
☐ Nachweise Haftpflichtversicherung	☐ Nachweis Schornsteinfegerkosten
☐ Zinsbescheinigung der Kreditinstitute	☐ Grundbuchauszug/Einheitswertbescheid
☐ Darlehensverträge/Kaufvertrag	☐ Nachweis über noch offene Darlehen
☐	
☐	

Sonstiges:

☐ SGB II/XII-Antrag	☐ Merkblatt
☐ Nachweis über Arbeitsunfähigkeit	☐ Vollmacht
☐ Formblatt Erreichbarkeits-Anordnung (-EAO-)	
☐ Klientenfragebogen	
☐	

Bitte bringen Sie diesen Laufzettel bei Ihrer Vorsprache wieder mit!

Belehrung gem. §§ 60, 66 Sozialgesetzbuch Erstes Buch (SGB I) und Hinweis auf §§ 45, 50 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X)

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat im Rahmen seiner Möglichkeit gem. § 60 SGB I an der Feststellung seines geltend gemachten Bedarfes mitzuwirken. Dazu gehört u.a., dass Sie alle Tatsachen aus Ihrem persönlichen und finanziellen Bereich sowie alle Änderungen bereits mitgeteilter Tatsachen unaufgefordert und unverzüglich dem Sozialamt mitzuteilen haben. Nehmen Sie bitte in Ihrem eigenen Interesse auch dann Kontakt mit Ihrem zuständigen Sachbearbeiter auf, wenn Sie der Meinung sind, eine Änderung in Ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen hätte keinen Einfluss auf die Ihnen gewährte Hilfe.

Sie sind verpflichtet, auf Verlangen Beweismittel, die zur Feststellung des von Ihnen geltend gemachten Bedarfs dienen,

- näher zu bezeichnen und
- vorzulegen oder der Vorlage/Übersendung durch Dritte zuzustimmen.

Zur genauen Feststellung Ihres Bedarfs, werden die o.g. Unterlagen noch benötigt. Sie werden gebeten, Ihrer Mitwirkungspflicht aus § 60 SGB I vor Ablauf der umseitigen Frist nachzukommen oder vor Fristablauf Hinderungsgründe bekanntzugeben. Wird die Frist versäumt, können die Ihnen bisher gewährten Leistungen ohne weitere Ermittlungen eingestellt oder Ihr Antrag abgelehnt werden. Eine Weiterbewilligung/Erstentscheidung wird in aller Regel erst ab dem Zeitpunkt erfolgen, an dem Sie Ihrer Mitwirkungsverpflichtung nachgekommen sind (§ 67 SGB I).

Wenn ein Bewilligungsbescheid auf falschen oder unvollständig von Ihnen gemachten Angaben beruht, so ist er rechtswidrig. Die deswegen überzahlten Leistungen werden in der Regel nach Rücknahme des Bescheides von Ihnen zurückgefordert. Über die sich möglicherweise noch ergebenden Folgen einer Strafanzeige wegen Betruges werden Sie nochmals unterrichtet.

Diese Hinweise beziehen sich auch auf künftige Änderungen.

Von den vorstehenden Hinweisen habe ich/haben wir heute Kenntnis genommen. Ich/wir habe(n) die vorstehenden Hinweise vollinhaltlich verstanden.

Datum u. Unterschrift des Hilfesuchenden

Unterschrift Sachbearbeiter (in)